

Schweiz

Hitzig. In der Debatte zur Selbstbestimmungs-Initiative ging es mit Showeinlagen und bissigen Voten hitzig zu und her. **Seite 4**

International

Mobilisierung. Alle Reservisten Schwedens sind zu einem unangekündigten 24-stündigen Manöver einberufen worden. **Seite 6**

Wirtschaft

Explosiv. Die Walliser Société Suisse des Explosifs sieht ihre Zukunft nicht in der Produktion von Sprengstoff, sondern in der Chemie. **Seite 9**

Kultur

Bedrückend. Die in Basel geborene Filmemacherin Christine Repond spricht im Interview über ihren neuen Film «Vakuum». **Seite 15**

Basel

Neuer Platz. Nach Jahren des Wartens erfolgte auf dem Erlenmatt-Areal der Spatenstich. **Seite 23**

Allschwil. Die Tramlinie 8 soll durch die Binningerstrasse bis in den Raum Gartenhof fahren. **Seite 27**

Sport

Optimistisch. Nationaltorhüter Yann Sommer präsentiert sich vor der WM selbstbewusst. **Seite 39**

Zuversichtlich. Experte Marc Surer glaubt, dass die Formel E eine grosse Zukunft haben könnte. **Seite 40**

Mobil



Kompakter Sportler. Der Ford Fiesta ST setzt auf Vernunft und beugt sich brav dem latenten Druck zum Sparen. Dennoch bietet er auch viel Fahrspaß. **Seite 35**

Wetter

Schwülwarm. Bei einem Mix aus Sonne und Wolken sind einzelne Regengüsse möglich – vor allem am Nachmittag. Die Temperatur erreicht schwülwarme 25 Grad. **Seite 33**



Zahlenchaos beim Bund

Falsche Statistik zur Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative

Bern. Wie hart oder wie mild wird das neue Ausschaffungsgesetz umgesetzt? Seit Monaten beantwortet Justizministerin Simonetta Sommaruga entsprechende Fragen mit dem Hinweis, diesen Juni würde das Bundesamt für Statistik (BFS) die Zahlen zur Anwendung der Härtefallklausel vorlegen. Also dazu, wie oft Richter und Staatsanwälte Milde walten liessen, obwohl sie laut Gesetz einen ausländischen Straftäter hätten ausweisen müssen. Allerdings entpuppte sich die am Montag dazu publizierte Statistik als fehlerhaft. Gestern besserte das BFS zwar nach, konnte die Unklarheiten jedoch nicht ausräumen. Insbesondere die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz zeigt sich unzufrieden: Die Zahlen widerspiegelten nicht die tatsächliche Situation. **aso Seite 5**

Tarifstreit auf Kosten der Patienten

Privatversicherte müssen am Unispital Basel ihre Behandlung teilweise selber bezahlen

Von Joël Hoffmann

Basel. Das Basler Universitätsspital und die Krankenversicherungen Concordia, Helsana und Sympany fechten einen Streit auf Kosten der Patienten aus. Im Kern geht es dabei um die Höhe der Tarife für Zusatzversicherte. Privatpatienten, welche seit Jahren zu den obligatorischen Prämien zusätzlich für mehr Komfort im Spital bezahlen, haben nun nichts mehr davon. Sie haben ihre Prämien beglichen, ohne die dafür abgemachte Gegenleistung ihrer Krankenkasse zu erhalten.

Die genannten Versicherer haben die Verträge mit dem Unispital per

31. Dezember 2017 gekündigt. Seither herrscht ein vertragsloser Zustand. Eine Einigung kam bisher nicht zustande. Im Kern sind die vom Spital geforderten Tarife den Versicherungen zu hoch, weshalb sie diese nicht mehr bezahlen wollen. Weil das Spital jedoch nicht klein beigab, haben die Krankenkassen nun sogenannte Höchstbeiträge eingeführt.

Für den Patienten bedeutet dies, dass er nach seiner Behandlung direkt vom Spital eine Rechnung erhält. Die Kasse übernimmt diese jedoch nicht komplett, sondern nur bis zum Betrag, den die Kasse bereit ist zu zahlen – den Höchstbetrag eben. Der Privatversi-

cherte muss also nebst dem Selbstbehalt nun auch für die Differenz zwischen der Spitalrechnung und dem Höchstbetrag der Kasse aufkommen. Ärger und ein Imageschaden für das Unispital und die beteiligten Krankenkassen ist programmiert.

Privatpatienten sind lukrativ

Hinter den hart geführten Verhandlungen, die nun zum Eklat führten, stehen letztlich die strukturellen Probleme für die Finanzierung der stationären Spitalangebote. Die Pauschal-tarife für die normalversicherten Patienten sind für die Spitäler in der Regel nicht besonders lukrativ. Für ein

Unispital, welches auch die sehr teuren, hochkomplexen Eingriffe durchführt, sind die Privatpatienten ein besonders wichtiges Segment. Mit ihnen können die Kliniken viel Geld verdienen oder eben Patienten, die Verluste verursachen, querfinanzieren. Durch dieses System besteht allerdings auch der Anreiz, dass Spitäler eher geneigt sind, Zusatzversicherte Menschen rascher und womöglich auch unnötig zu operieren.

Es geht also um viel Geld. Das Unispital machte 2017 einen Gewinn von 4,1 Millionen Franken, die beteiligten Versicherungen einen Gewinn von 76 bis 218 Millionen Franken. **Seite 21**

Prachtstücke der Archäologie Baselland



50 Jahre – 50 Funde. In einer Ausstellung zu ihrem 50-jährigen Bestehen zeigt die Archäologie Baselland im Museum.BL in Liestal 50 kostbare, seltene oder historisch aussagestarke Fundstücke. Die Zeitreise beginnt beim steinzeitlichen Faustkeil von Pratteln und endet bei einer modernen Zigarettendose in der Neuzeit. Zu den herausragenden Stücken der Best-of-Schau gehört eine frühmittelalterliche Filigranscheibenfibel (Bild), entdeckt in einem Grab in Aesch. Der Fund aus dem 7. Jahrhundert gehört zu den handwerklichen Spitzenerzeugnissen seiner Zeit. **ch Foto Tom Schneider/Museum.BL Seite 25**

Verteidigung des Neubaus

Die Basler Staatsarchivarin Esther Baur antwortet auf Kritik

Basel. Der geplante Neubau für das Naturhistorische Museum und das Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann stösst allenthalben auf Kritik. Wenig Verständnis haben viele Beobachter, dass der Umzug von Kulturgütern in die Gefahrenzone eines Bahnhofs geplant ist. Noch weniger Verständnis haben sie dafür, dass das Gebäude im Grundwasser steht und das unterste Keller-geschoss mit aufwendiger Technik dagegen abgedichtet werden muss. Esther Baur, die Chefin des Staatsarchivs Basel, widerspricht im *BaZ*-Interview diesen Kritikern, weist auf die Stärken des Neubauprojekts hin und hält das Restrisiko für vertretbar. Sie begründet, warum sie den gemeinsam mit dem Naturhistorischen Museum geplanten Neubau für eine hervorragende Lösung hält. **hm Seite 13**

Mit Stöpseln ans Konzert

Der Bund hält Guggemuusige für zu laut

Von Mischa Hauswirth

Basel. Die Basler Fasnacht könnte bald mit massiven Lärmschutzforderungen konfrontiert werden, wie Recherchen der *Basler Zeitung* zeigen. Zurzeit arbeiten Beamte vom Bundesamt für Umwelt in Bern die letzten Details der Verordnung mit dem Namen «Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall» aus. Diese sieht vor, dass Konzerte im Freien nicht mehr als 93 Dezibel Lautstärke aufweisen dürfen, sonst müssen Lärmschutzmassnahmen ergriffen werden. «Wenn die Verordnung so käme, wie es jetzt formuliert ist, beträfe es musikalische Auftritte in den Restaurants und die Guggenkonzerne am Dienstagabend», sagt Christoph Bürgin, Obmann vom Basler Fasnachts-Comité.

Die neue Verordnung sieht drei Massnahmen vor, die ergriffen wer-

den müssen, wenn der Grenzwert nicht eingehalten wird. So sollen die Besucher des Guggenkonzertes etwa über die gesundheitlichen Risiken von lauter Musik aufgeklärt werden – und es müssten gratis Gehörschütze abgegeben werden.

Bei den Guggen in Basel löst ein solches Vorhaben nur Kopfschütteln aus. «Die Leute wissen doch, wo sie an der Fasnacht hingehen, und müssen nicht bevormundet werden», sagt Stephanie Weikard, Obfrau der FG-Gugge-Basel. «Es gilt die Eigenverantwortung», sagt sie. Zudem sei der Lärmpegel nicht nur ein Guggenproblem, sagt Weikard. «Wenn eine Stammclique durch eine Gasse zieht, sind es sicher auch mehr als 93 Dezibel. Soll dann der Vortrab Ohrenstöpsel verteilen?» Stephanie Weikard hält die Massnahmen weder für umsetzbar, noch sieht sie die Guggen in der Pflicht. **Seite 2**

SP-Basis gegen Eva Herzog

Beat Jans soll in den Ständerat

Basel. Eva Herzog gilt als gesetzt für die Nachfolge von Anita Fetz im Ständerat. Eine Umfrage innerhalb der SP zeigt jedoch, dass Nationalrat Beat Jans als Kronfavorit gehandelt wird. Die Nomination des SP-Ständeratskandidaten ist im März 2019 angesetzt. Die Überzeugungsarbeit innerhalb der Partei hat jedoch bereits begonnen.

Letztlich müssen 200 Vertreter der Parteibasis zwischen den beiden Kandidaten entscheiden. Und diese sind Regierungsrätin Eva Herzog nicht besonders zugetan. Zu oft ging die Exekutivpolitikerin Kompromisse mit den Bürgerlichen ein. Nationalrat Jans dagegen verteidigt eine stringente, linke Linie und stösst auf weit mehr Sympathien. **kha Seite 21**

Rat für längere Öffnungszeiten

Linke kündigt Referendum an

Basel. Die Läden in Basel sollen künftig samstags um zwei Stunden länger bis 20 Uhr offen haben. Dank der Unterstützung der Grünliberalen konnten die Bürgerlichen gestern im Grossen Rat ihr Anliegen knapp durchbringen. Ausserdem sollen die Geschäfte künftig am Gründonnerstag erst um 18 Uhr statt wie bisher schon um 16 Uhr schliessen dürfen.

Die Gewerkschaften und die Linke haben bereits angekündigt, gegen diesen Beschluss das Referendum zu ergreifen. Der Entscheid sei ein Skandal, lautet das Argument. **ale Seite 22**

Das Leben ohne Scharia

Als in islamischen Städten Minis und Bikinis noch erlaubt waren

Teheran/Kairo/Kabul. Wer im Facebook auf die Seite «Before Sharia spoiled everything» geht, staunt nicht schlecht: Fotos von schicken, jungen Menschen, Twist tanzend oder in einer Band singend, Frauen in kurzen Sport-hosen oder Bikinis – man reibt sich die Augen und kann kaum glauben, dass diese Fotos (allesamt vor 1979 entstanden) aus Ländern wie Iran, die Türkei, Afghanistan und Ägypten stammen. Der 48-jährige in der Schweiz lebende Anwalt Emrah Erken hat die Webseite lanciert, damit Europäer mit Muslimen «auf Augenhöhe» sind. «Europäer sollen sich mit uns identifizieren», erklärt er. Erken hofft, dass die Europäer mit der steigenden Zahl Migranten aus der muslimischen Welt lernen, dass «die Scharia eine Einschränkung braucht». **vj Seite 3**

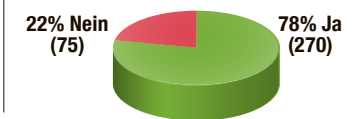
Frage des Tages

Sind die neuen Lärmvorschriften für die Basler Fasnacht richtig?

Der Bund will, dass Veranstalter bei mehr als 93 Dezibel Massnahmen ergreifen müssen (Seite 2). www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Wird genug getan für den Hochwasserschutz?



Das dritte Duell Herzog gegen Jans naht und wieder liegt der Nationalrat vorne Warum SP mit Jans in den Ständerat will

Von Katrin Hauser



Wenn im kommenden März die SP Basel-Stadt ihren Ständeratskandidaten nominieren wird, stehen sie sich wieder gegenüber: Die Regierungsrätin,

die vor allem bewundert, und der Nationalrat, der von allen gemocht wird. Das Duell Eva Herzog gegen Beat Jans geht in die dritte Runde. Damit findet einer der grössten politischen Zweikämpfe in der Geschichte der SP Basel-Stadt ihren Höhepunkt. Obwohl bis dahin noch einige Monate verstreichen, rumort es bereits gewaltig. Eine Mehrheit innerhalb der 200-köpfigen Delegiertenversammlung zu finden, ist kein einfaches Unterfangen. Etwas, was Beat Jans bereits zweimal gelang. Im April 2012 trat er erstmals gegen die Regierungsrätin an, als es um die Senkung der kantonalen Unternehmensgewinnsteuer ging. Ohne eine einzige Gegenstimme konnte er seine Partei hinter sich bringen.

Vier Jahre später standen sich die beiden SP-Schwergewichte erneut gegenüber. Wieder war das Thema Steuern – die Unternehmenssteuerreform (USR III). Als Beat Jans im Dezember 2016 ans Rednerpult trat, strahlten ihm seine Genossen bereits entgegen. Beinahe mühelos überzeugte er sie davon, sich mit den anderen Kantonen zu solidarisieren und das Referendum gegen die USR III zu unterstützen.

Die Unnahbare

Regierungsrätin Eva Herzog stand dagegen sichtlich angespannt vor den Genossen, die Beat Jans eben noch so verzückt zugehört hatten. Sie verdeutlichte, wie dringend der Wirtschaftsstandort Basel mit internationalen Firmen wie Novartis und Roche diese Reform brauche. Eine Argumentation, die dem sozialdemokratischen Jargon weniger entspricht und von linken Kreisen gerne als «Kniefall vor dem Unternehmertum» verschrien wird. Die Finanzdirektorin verlor die Abstimmung mit 47 zu 84 Stimmen.

Im März wird es aber nicht um die Sache, sondern um die Person gehen. Um die Frage, mit wem die Basler Sozialdemokraten in den Ständeratswahlkampf ziehen werden. Für viele Parteimitglieder steht Beat Jans bereits



Kampf der Giganten. Nationalrat Beat Jans ist basisnäher als Regierungsrätin Eva Herzog. Fotos Daniel Desborough und Stefan Leimer

als Sieger fest. Der Ausgang der USR-III-Debatte kann durchaus als Vorbote für den bevorstehenden Ständeratsentscheid gewertet werden.

Zwischen den beiden Debatten lässt sich ohne Zweifel eine Parallele ziehen. Schon bei der Diskussion um die USR III mussten sich die Delegierten zwischen kantonalen und parteieigenen Interessen entscheiden. Der Kanton war auf eine rasche Reform angewiesen. Gleichzeitig beinhaltete die Vorlage für die Mehrheit der Sozialdemokraten zu viele Zugeständnisse an die Unternehmer. Die Interessen des Kantons standen einer dezidierten linken Linie gegenüber. Mit denselben Worten könnte man die Kluft beschreiben, die sich zwischen Eva Herzog und Beat Jans auftut: Auf der einen Seite steht eine sozialliberale Finanzdirektorin, die 2016 von 72 Prozent der Basler Bevölkerung wiedergewählt wurde. Die sich notfalls gar gegen die eigene Partei stellt, um für den Kanton einzustehen. Auf der anderen Seite steht der Nationalrat, der befeuernde 1.-Mai-Reden schwingt und konsequent den linken – und damit wesentlich grösseren – Flügel seiner Partei vertritt. «Sollte es Beat gelingen, aus der personellen Frage eine inhaltliche um die politische Ausrichtung der SP Basel-Stadt zu machen, hat er so gut wie gewonnen», sagt ein Vertreter des linken Flügels.

Doch selbst wenn es bei der Personaldiskussion bleibt, stehen seine Chancen gut. Herzog gilt als extrem unnahbar. «Die Eiskönigin» wird sie auch genannt. Man bewundert sie zwar für ihre Arbeit, die sie hinter ihrem Schreibtisch am Fischmarkt leistet. Ihr kollegial auf die Schulter zu klopfen

hingegen, würde sich wohl kaum einer trauen. Verschiedene Parteimitglieder schildern ausserdem, wie unangenehm es werden kann, wenn man Eva Herzog in die Quere kommt. Die Regierungsrätin beschimpfte einen stundenlang via Telefon, sollte man es wagen, sie anzugreifen.

Der Rhetoriker

Ihr Leistungsausweis indessen ist weitgehend unbestritten. Immer wieder baut sie linke Anliegen in ihre Vorlagen ein. So beharrte sie beispielsweise lange auf einer Erhöhung des Steuerfreibetrags und widersetzte sich bürgerlichen Bestrebungen nach einer prozentualen Steuersenkung. Letztlich musste sie in diesem Punkt nachgeben, um einen Kompromiss mit allen Parteien zu erreichen. Dafür erhöhte sie die Kinderzulagen – ein Tribut an die SP. Einigen Parteigenossen aber ist jedes Zugeständnis an die Bürgerlichen eines zu viel. Dass es praktisch im Stellenbeschrieb einer Exekutivpolitikerin steht, Konsenspolitik zu betreiben, blenden sie dabei aus. Diesem marxistisch angehauchten Teil der SP ist Beat Jans deutlich lieber. Er nimmt in arbeitspolitischen Fragen immer wieder eine klare, linke Position ein – was als Nationalrat ja auch seine Aufgabe ist. Es stellt sich die Frage: Was muss ein Ständerat präferieren? Kantonale oder SP-Anliegen?

Die SP Basel-Stadt schildert ihre derzeitige Lage gerne als «Luxusproblem». Beat Jans (53) und Eva Herzog (56) werden beide mit Bestresultat wiedergewählt. Beide sind in Basel verwurzelt, haben Kinder und sind in einer festen Partnerschaft. Und beide haben sie es geschafft, sich schweizweit



SP sägt am Stuhl des Tiefbauchefs

TCS eröffnet Wahlkampf mit Kritik an Kathrin Schweizer (SP)

Von Daniel Wahl

Pratteln. Es war eine Bemerkung, die Christophe Haller, Präsident des TCS beider Basel, am Dienstagabend an der Generalversammlung des Touringclubs vor knapp 300 Mitgliedern wohlüberlegt platziert hatte: Es ging um die Forderung von Engpass- und Staubeseitigungen in unserer Region, das Klagen über Vernichtung von einem Drittel der Parkplätze in der Hardstrasse in Basel und den Abbau von 90 weiteren Parkplätzen an der Missionsstrasse, als Haller anhub: «Und darüber hinaus will eine selbst ernannte Regierungskandidatin den Kantonsingenieur entlassen, weil er den Verkehr zu wenig behindert.» Gemeint war SP-Regierungskandidatin Kathrin Schweizer, die als Projektleiterin «Gestaltung Stadtraum Verkehr» beim Basler Baudepartement arbeitet, am 20. Juni von der Partei offiziell nominiert wird und angeblich den Baselbieter Tiefbauchef Drangu Sehu entlassen wolle. Dies, weil er sich öffentlich positiv für eine Westumfahrung von Basel geäussert hat.

Für Entsetzen und Gesprächsstoff an den TCS-Stehapéro-Tischen vor dem Kuspo in Pratteln war jedenfalls gesorgt. Und entkräften wollte die Aussage Hallers niemand: Da war Regierungsrätin Sabine Pegoraro (FDP), Chefin von Drangu Sehu, die sagte: «Ich fand das so frech. Da habe ich selber nach diesem Eintrag im Facebook gesucht, habe ihn aber nicht mehr gefunden. Sie muss ihn gelöscht haben.» Der betroffene Drangu Sehu sagte auf die Frage, ob er den Eintrag in Facebook gelesen habe: «Zur Sache möchte ich mich nicht äussern.»

Keinen Schwarz-Weiss-Beleg

Auf Anfrage ruft Kathrin Schweizer selber nicht zurück. Dafür lässt sie Adil Koller, Präsident der SP Baselland, sprechen: «Das ist Chabis. Frau Schweizer hat so etwas nie gepostet. Sie hat mein Vertrauen. Das war einfach eine Behauptung eines rechten Verbandsheinis, der die SP nicht in der Regierung will. Ich bin sicher, dass solche Wahlkampfaktiven von der Bevölkerung nicht goutiert werden.» Haller solle doch seine Behauptung belegen.

Doch der TCS-Präsident hat keinen Screenshot gemacht, wie er einräumt.

Gesichert ist jedoch, dass Kathrin Schweizer den Kantonsingenieur in einer Gastkolumne in der *Basellandschaftlichen Zeitung* gleich mehrfach ins Visier genommen hat. Sie wirft Sehu vor, «erneut mit einer Ringautobahn um die Stadt zu kommen, dabei hat die Bevölkerung auch dieses Anliegen abgelehnt». Und Schweizer rechnet dem Kantonsingenieur vor, dass er im Interview 90 Prozent der Worte den Strassen, nur 10 Prozent dem ÖV widmete und über den Veloverkehr kein Wort verloren hat.

Auch Adil Koller sägt am Sehus Stuhl. «Es ist ja bekannt, dass der Anstellung von Drangu Sehu eine heikle Filzgeschichte vorausging – Sabine Pegoraro hatte ihren Parteikollegen, FDP-Landrat Rolf Blatter, als Headhunter eingesetzt.» Und nun arbeite Blatter mit seiner eigens rekrutierten Person in der Bau- und Planungskommission in anderer Funktion zusammen. «Das ist unseriös.»

Die Bürgerlichen im Baselbiet sind im Gegensatz zur SP glücklich mit Sehu. Der Kantonsingenieur habe ein hohes Kostenbewusstsein, könne mit seinem Kollegen Roger Reinauer in Basel gut zusammenarbeiten. Dank ihm bewege sich etwas in der Verkehrspolitik.

Bei der TCS-Eröffnungsfanfare im Wahlkampfärm ging fast unter, dass die Sektion beider Basel gegenüber dem TCS Schweiz erstmals wieder schuldenfrei dasteht und nach Jahren dem Finanzdirektor Anton Lauber ein kleines Scherlein von 4000 Franken in die Steuerkasse einzahlen kann. Immerhin weist die Sektion einen Gewinn von 141 000 Franken aus und beklagt keinen Mitgliederschwind. Jetzt habe man wieder mehr Spielraum.

Unispital-Patienten bluten wegen Tarifstreit

Zusatzversicherte müssen für Behandlungskosten aufkommen, obwohl sie die vollen Prämien bezahlen

Von Joël Hoffmann

Basel. Schlechte Nachricht für Privatpatienten, die sich im Unispital behandeln lassen wollen: Wer seit Jahren nebst den ohnehin hohen Krankenkassenprämien auch noch weitere für seine Zusatzversicherung bezahlt, der hat diese, verkürzt gesagt, teilweise vergebens investiert. Wie schon kürzlich mit der Concordia-Krankenversicherung steht das Unispital Basel nun erneut im Tarifstreit mit gleich drei grossen Krankenkassen. Nebst der Concordia haben auch die Helsana und die ehemalige staatliche Krankenkasse, die Basler Sympany, den Vertrag mit dem Unispital per 31. 12. 2017 gekündigt.

Wie so oft bei Streitereien, geht es ums Geld. Das ist bereits seit der Einführung der Fallpauschalen 2012 der Fall. Viele Tarife werden noch vor Gericht erstritten, Spitäler mussten Rückstellungen in Millionenhöhe bilden. Doch die Tarifstreitigkeiten für die obligatorisch Versicherten werden nicht auf dem Buckel der Versicherten ausgetragen, weil Staat und Versicherer zahlen müssen. Bei den Zusatzversicherungen ist die Situation anders, weil mehr Komfort nicht zur Grundversorgung gehört. Privatpatienten zahlen

zusätzliche Prämien, um im Bedarfsfall die gewünschte Sonderbehandlung im Spital zu erhalten.

Weil sich die genannten Versicherer und das Unispital nun also nicht auf einen Tarif für Zusatzversicherte einigen konnten, gelten etwa für Kunden der Helsana ab dem 11. Juni die sogenannten Höchstarife. Das bedeutet, die Versicherung übernimmt nicht die kompletten Kosten des Unispitals, sondern nur das, was sie bezahlen will. Auf der Differenz bleibt der Patient sitzen, der eigentlich just für jene Kosten seit Jahren Prämien einzahlte. Die Versicherer und auch das Unispital bedauern auf Anfrage den Tarifstreit auf Kosten der Patienten, geben für die Situation jedoch jeweils der anderen Seite die Schuld.

Eklat bei Verhandlungen

Die Versicherer erklären, dass die bisherigen Zusatzversicherungsverträge mit dem Unispital die Rechnungsstellung nach dem sogenannten Top-down-Prinzip vorsahen. Verkürzt gesagt: Von den Gesamtkosten wird der normale, obligatorisch versicherte Kostenblock abgezogen, der Rest wurde der Zusatzversicherung belastet. Dieses Vorgehen sei, so die Krankenkassen,

nicht mehr transparent. Die Versicherer wollen das von der Aufsichtsbehörde Finma geforderte Bottom-up-Modell. Das sieht vor, dass das Spital der Versicherung quasi eine Kassenquittung vorlegt, die jeden Behandlungsschritt und jeden Komfort aufführt. Das heisst, die Mehrwerte, welche das Spital dem Zusatzversicherungsbereich anrechnet, müssen nachvollziehbar aufgeführt werden. Kommt hinzu, dass sich die Parteien auch bei der Höhe der Tarife nicht fanden. Das Preisangebot des Unispitals würde für die Prämienzahler eine Kostensteigerung von 50 Prozent für Hotellerie und Pflegekosten bedeuten.

Das Unispital hingegen kritisiert, dass die genannten Versicherer das seit 30 Jahren bestehende Tarifmodell «per sofort nicht mehr akzeptabel» fänden. Das Unispital hat vorgeschlagen, das bestehende Modell noch bis zur geplanten Spitalfusion beizubehalten, also erst per 2020 ein neues Modell zu erarbeiten. Doch die Krankenkassen gingen nicht darauf ein.

Daraufhin schlug das Unispital vor, die Tarifmodelle aus Bern und Zürich zu übernehmen, was ebenfalls nicht auf die Zustimmung der Versicherer stiess. «Zum Eklat kam es in den Ver-

handlungen, weil sich die Zusatzversicherer weigern, zum Insepspital Bern und zum Universitätsspital Zürich vergleichbare Abgeltungen auch am Unispital zu zahlen», sagt Spitalsprecher Thomas Pfluger. Für das Unispital war es nicht akzeptabel, dass es weniger erhalten soll als die anderen Unispitäler. Insbesondere auch deshalb, weil das Basler Unispital im Grundtarif günstiger ist als die Konkurrenz aus Bern und Zürich.

Sympany zahlt weiterhin

Die Folgen sind für die Patienten ärgerlich. Das Unispital schickt nun die Rechnungen direkt dem Patienten, der diese zwar an die Versicherung weiterleiten kann, doch erhält der Patient bloss den Höchstbetrag zurück, den die Versicherung bezahlen möchte. Die Differenz bleibt beim Patienten hängen.

Die Versicherer raten nun ihren Kunden, eine andere Klinik aufzusuchen. Sympany hingegen hat bis jetzt trotz Höchstarif sämtliche Kosten übernommen, um ihre Kunden schadlos zu halten. Ihre Strategie besteht darin, die Patienten finanziell nicht zusätzlich zu belasten und dann beim Unispital die Rechnungen anzufechten. Die Verhandlungen gehen weiter.